

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Anfrage der Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen und Sylvia Bruns (FDP), eingegangen am

Die Forderungen der sudanesischen Flüchtlinge in Hannover

Seit dem 24.05.2014 besteht auf dem Weißekreuzplatz in Hannover unweit des Hauptbahnhofs ein Camp sudanesischer Flüchtlinge. Seitdem fordern die dort lebenden Flüchtlinge bessere Lebensbedingungen und weniger Einschränkungen durch Asylgesetze. Des Weiteren haben die Flüchtlinge einen Forderungskatalog verfasst.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie steht die Landesregierung einer Anerkennung dieser Personen als Schutzbedürftige und als Flüchtlinge gegenüber?
2. Inwiefern unterstützt die Landesregierung es, die aus dem Sudan Geflüchteten von der Dublin II Verordnung auszunehmen und deren Zurückführung so zu verhindern?
3. Wie steht die Landesregierung dem Vorhaben gegenüber die Geflüchteten als „Gäste“ zu betrachten und ihnen weiterhin einen Aufenthalt hier zu ermöglichen?
4. Inwiefern setzt sie Landesregierung sich dafür ein, dass die Asylanträge der Sudanesen und die entsprechenden Asylverfahren in den Verwaltungsgerichten möglichst zeitnah bearbeitet und durchgeführt werden?
5. Inwiefern besteht aus Sicht der Landesregierung die Möglichkeit sudanesischen Flüchtlingen, die sich schon lange in Deutschland aufhalten eine Arbeitserlaubnis zu erteilen?
6. Kommt für die Landesregierung eine dezentrale Unterbringung der sudanesischen Flüchtlinge in Hannover-Stöcken in Betracht?
7. Unterstützt die Landesregierung die Idee, für die Geflüchteten ein selbstorganisiertes Zentrum zu errichten?
8. Wie bewertet die Landesregierung, dass die sudanesischen Asylantragsstellerinnen und –stellerinnen sich an die sudanesischen Botschaft wenden müssen, um einen Pass zu bekommen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass viele der Botschaftsmitarbeiter und –mitarbeiterinnen verdächtigt werden der sudanesischen Geheimpolizei anzugehören?
9. Unterstützt die Landesregierung eine mögliche Freilassung aller durch die Dublin-Verordnung in Abschiebehaft befindlichen sudanesischen Flüchtlinge?
10. Wie steht die Landesregierung der Gründung eines Komitees gegenüber, welches sich aus Vertretern und Vertreterinnen verschiedener Interessengruppen zusammensetzen soll und die Planung und Umsetzung von Problemlösungsstrategien begleiten soll?